

MAKROÖKONOMISCHEN KREISLAUF ORIENTIERTE WIRTSCHAFTSPOLITIK ZUR LÖSUNG DER SCHULDENKRISE

Manfred O. E. Hennies¹
Fachhochschule Kiel

Abstract

High public debt is causing serious difficulties, primarily in southern countries of the European Union that suffered the most during the business-crisis. State economists have different strategies for solving these problems, depending on their politico-economical orientation. In the neo-classical sense supply-side-policy orientated economists believe that deficit countries should first of all reduce their debts by starting an economical budget management. Demand-side-policy orientated economists, on the other hand, traditionally believe the exact opposite. Attempts should not be made to solve deficit problems through savings in budget management, although this may, at first, seem to make sense. Essentially it is vital, in this situation, to start extensive development programs to solve the structural problems and to increase the economical productivity and international competition of these countries. – Both perspectives are too narrow minded as they are one-sided. They widely neglect the interdependencies of real production and monetary demand, resulting from the economic-circulatory-policy coherences. The pragmatic solution for the deficit crisis would be a combination of both approaches in the sense of: *One should do one thing without neglecting the other.*

Keywords: Euro-Currency-Area, public debt, supply-side-policy, demand-side-policy, economic-circulatory-policy, inflation, stability of the price level, international competition

JEL: D51, E12/13, F11, G01, G15, H12, H54, H6, J38, N14

1. Einführung

Hohe Staatsschulden bereiten Ländern besonders in den südlichen Krisenregionen der Europäischen Gemeinschaft erhebliche Probleme. Erschwerend wirkt hier die gegenwärtig geringe gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Dadurch sind die Wirtschaftstätigkeiten und damit die öffentlichen Einnahmen im Vergleich zu den steigenden Staatsausgaben zu niedrig. Als Folge davon sind die Schuldenstände weiter angestiegen. Zur Lösung dieser schwierigen Wirtschaftslagen werden von Volkswirten je nach ihren wirtschaftspolitischen Ausrichtungen unterschiedliche Empfehlungen gegeben. Dabei haben sich vom Grundsatz her zwei konträre Strategien herauskristallisiert (Pätzold 1998; Krugman 2012): Die angebotorientierte und die nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik (kurz: Angebotspolitik und Nachfragepolitik). Ziel der folgenden Überlegungen ist, diese divergierenden

¹ Dr. Manfred O. E. Hennies, emeritierter Professor der Fachhochschule Kiel; manfred.hennies@fh-kiel.de

Standpunkte gegeneinander abzuwägen und unter Berücksichtigung der fundamentalen makroökonomischen Kreislaufzusammenhänge eine Erfolg versprechende Lösung zu finden².

Die Frage, ob die Europäische Zentralbank (EZB) mit ihrer zurzeit noch äußerst expansiven Geldpolitik den Notwendigkeiten der aktuellen Situation entspricht, ist von untergeordneter Bedeutung. Hier geht es weniger um Fragen einer situationsgerechten Geldpolitik als um fiskalpolitische Grundsatzentscheidungen, zumal in Zeiten bereits extrem niedriger Zinsen geldpolitisch nicht viel erreicht werden kann.

2. Traditionelle wirtschaftspolitische Ausrichtungen

Im neoklassischen Sinne (Marshall 1890) vertreten angebotorientierte Ökonomen im Großen und Ganzen den Standpunkt, dass Defizitländer zunächst bemüht sein sollten, durch eine sparsame Haushaltsführung, also im Wesentlichen durch Senkung der öffentlichen Ausgaben, ihre Schuldenstände zu reduzieren. Damit würden auch die Kosten ihrer Schuldendienste mittelfristig sinken. Sie sagen allerdings meistens nicht konkret, an welchen Stellen im Staatshaushalt die Einsparungen vorgenommen werden sollten und unter Umständen Einnahmen erhöht werden könnten.

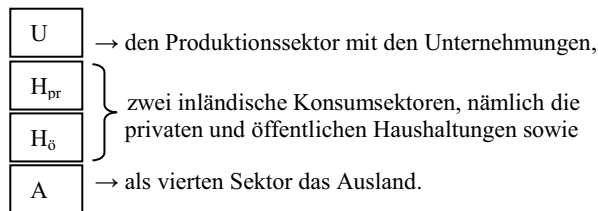
Nachfrageorientierte Volkswirte vertreten im Anschluss an John Maynard Keynes (Keynes 1936, 1971) im Allgemeinen einen entgegengesetzten Standpunkt. Schuldenprobleme solle man danach nicht von vornherein durch Einsparungen im Staatshaushalt zu lösen versuchen, obwohl das nahe zu liegen schein. Ein solches Vorgehen könnten allenfalls Länder in Erwägung ziehen, deren Einnahmen-Ausgaben-Situationen sich bereits so weit konsolidiert hätten, dass erste Anzeichen für eine nachhaltige Entspannung der bisher prekären Haushaltlage zu erkennen seien und Budgetüberschüsse sich abzeichneten. Erst wenn Überschüsse tatsächlich erzielt würden, könnten diese für den Schuldenabbau eingesetzt werden. Das gelte aber nicht für Staaten mit fortbestehenden oder gar noch weiterhin zunehmenden Haushaltsdefiziten. Hier gehe es vorrangig darum, durch umfassende innovative Programme die strukturellen Probleme zu lösen und die volkswirtschaftlichen Produktivitäten und damit die Wettbewerbfähigkeit dieser Länder zu steigern. (Rogall 2011; Bofinger 2007) Unter solchen Bedingungen seien vorerst weitere Kreditaufnahmen zur Finanzierung öffentlicher Investitionen in die Infrastruktur und in das Bildungssystem gerechtfertigt. Mittelfristig könnten dann durch Wirtschaftswachstum, zunehmende Beschäftigung und Steuermehreinnahmen bei sinkenden Sozialausgaben die Staatsschulden abgetragen werden.

Beide Sichtweisen sind zu eng. Sie sind einseitig ausgerichtet. Die wechselseitigen Abhängigkeiten von realer Produktion und monetärer Nachfrage werden weitgehend negiert. Es ist Carl Föhl zu verdanken, der bereits 1937 – unabhängig von John

² Zu den mit dieser Fragestellung verbundenen Problemen siehe auch: Krugman 2009, 2011, 2013; Cline, Wolff 2011; Wittmann 2011; Arestis 2012; Authers 2012; Heise 2013; Illing 2013; Laursen 2013.

Maynard Keynes' 'General Theory' – diese Zusammenhänge des Wirtschaftsgeschehens durch einfache, damals noch recht ingenieurwissenschaftlich geprägte Kreislaufschemata dargestellt hatte (Föhl 1937, 1955: 32-54, 1963)³.

Ausgehend von den seinerzeitigen Ansätzen berücksichtigen wir heute in Anlehnung an die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung im makroökonomischen Kreislaufschema vier miteinander verbundene Bereiche⁴ (Hennies 1976: 53-57; 1987, 2003: 205-211):



Analog zu den privaten und öffentlichen Haushaltungen ist auch das Ausland als 'Nichtunternehmung' und damit als 'Konsumwirtschaft' zu interpretieren. Diese 'Nichtunternehmungen' zeichnen sich dadurch aus, dass sie rechtliche und/oder wirtschaftliche Träger der Unternehmungen sind, konsumieren (C_{pr} ; C_{δ} ; X^5) sowie positive oder negative Ersparnisse (S_{pr} ; S_{δ} ; S_A^6) bilden.

Fiskalpolitische Eingriffe in den makroökonomischen Kreislauf (durch: $i\mathbf{T}$; $d\mathbf{T}$; \mathbf{GB} ; \mathbf{Y}_p ; \mathbf{Tr} ; \mathbf{Z}) beeinflussen multilateral über Produktion [$(E_{\delta} + IN^{tra} + E_{pr} + B^{su} + X + brI - M) = \mathbf{EN} \rightarrow \mathbf{BIP}_{(U)} (+ W_{\delta} + W_{pr}) = \mathbf{BIP}$], Einkommenentstehung [$\mathbf{BIP} (+ EVE_{AI} - EVE_{IA} - D + Z - i,T) = \mathbf{Y}$], Einkommenverteilungen⁷ und Einkommenverwendungen (Symbolreihe kursiv mit S) sowie die Wiederverausgabungeffekte (Symbolreihe kursiv ohne S) in den einzelnen Sektoren

³ Aufgrund dieser seinerzeit in Deutschland bahnbrechenden Veröffentlichung wurde Carl Föhl in der Folgezeit der 'Deutsche Keynes' genannt (- Der Autor des vorliegenden Beitrags war von 1963 bis 1969 enger Mitarbeiter von Carl Föhl am Institut für Theorie der Wirtschaftspolitik der Freien Universität Berlin.

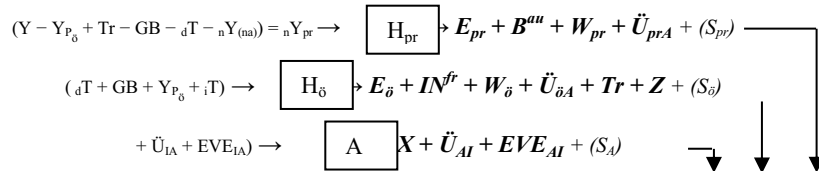
⁴ Vgl. hierzu die Abbildung auf der folgenden Seite und zu den Abkürzungen den Anhang.

⁵ Der Export der betrachteten Wirtschaft ist in seiner Wirkung auf den volkswirtschaftlichen Kreislauf als 'Konsum des Auslandes' zu interpretieren.

⁶ positive Ersparnisbildung des Auslandes: $S_{A(+)} = (M - X) + (EVE_{IA} - EVE_{AI}) + (\ddot{U}_{IA} - \ddot{U}_{AI})$

negative Ersparnisbildung des Auslandes: $S_{A(-)} = (X - M) + (EVE_{AI} - EVE_{IA}) + (\ddot{U}_{AI} - \ddot{U}_{IA})$

⁷ Im Kreislaufschemas auf der folgenden Seite ist die Einkommenverteilung (Hennies 1987, 2003⁶: 212-216; Hennies 1989, 2003⁵: 417-419) nicht erfasst; siehe hierzu auch: Föhl, Hennies (1966: 26-41).



sowohl die realen Güterströme (Waren und Dienstleistungen) als auch die monetären Nachfrageströme.

Entscheidend für den Erfolg der zur Lösung der Schuldenproblematik eingesetzten Maßnahmen ist, dass aus den gesamtwirtschaftlichen Kreislaufzusammenhängen keine negativen Rückkoppelungseffekte entstehen und das fiskalpolitische Vorhaben durchkreuzen. Senkt der Staat dem angebotorientierten Konzept entsprechend seine Ausgaben – wie konsumtive Ausgaben (E_0), Subventionen (Z), Transferzahlungen (Tr) und durch Entlassungen von Mitarbeitern aus den öffentlichen Diensten die Personalausgaben (W_0) – um mit den dadurch freigesetzten Mitteln seine Schulden abzutragen, dann vermindern sich die Einkommen und Einnahmen der privaten Haushaltungen ($\rightarrow {}_n Y_{pr}$) und die Auftrageingänge bei den Unternehmungen ($\rightarrow EN$). Summa summarum wirkt sich das multiplikativ auf die gesamtwirtschaftlichen Ausgaben und letztendlich auf die Beschäftigung aus. Wenn dem keine anderen Einflussfaktoren entgegenwirken, wie beispielweise steigende Exporte (X), das heißt steigende Nachfrage des Auslandes, erhöht sich die Erwerbslosigkeit. Um das zu verhindern, müssen uno actu Gegenmaßnahmen ergriffen werden, weil das Beschäftigungsziel aus verteilungspolitischen Gründen Priorität besitzt.

Bei fortbestehender staatlicher Sparpolitik müssten zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des bisherigen Beschäftigungsgrades die gewerblichen Investitionen (I_{br}) oder/und die Konsumausgaben der privaten Haushaltungen (E_{pr} ; B^{au}) im Ausmaß der eingeschränkten Ausgaben (E_0 ; Tr ; W_0) durch steuerliche Förderungmaßnahmen erhöht werden. Ob es aber gelingt, bei reduzierten Staatsausgaben die privatwirtschaftlichen Investitionen zu erhöhen, ist fraglich. Außerdem ist zu bedenken, dass öffentliche Förderungen die Budgets zusätzlich belasten, was den Tilgungsbestrebungen zuwiderläuft.

Als Ausgleich für die verminderten Staatsausgaben könnten Maßnahmen zur Steigerung der Exporte in Erwägung gezogen werden. Geschähe das durch fiskalpolitische Anreize, so führte das wiederum zu zusätzlichen Budgetbelastungen. Unabhängig davon, welche Maßnahmen ergriffen würden, sollte von einem solchen Vorgehen Abstand genommen werden. Das Ausland könnte das als 'beggar-my-neighbour-policy' auffassen und Gegenmaßnahmen ergreifen. Das schadet im Endeffekt der internationalen Verständigung und Arbeitsteilung.

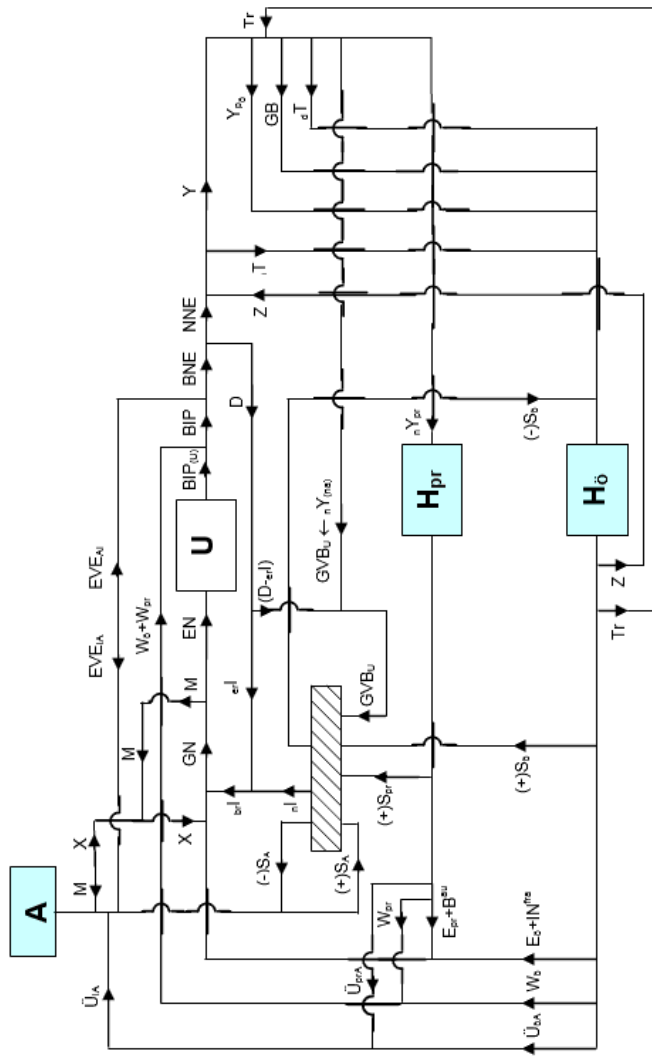


Abbildung 1. Kreislaufschema in Anlehnung an die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. (Abkürzungen sind im Anhang erläutert)

Das von den nachfrageorientierten Wirtschaftspolitikern vertretene Konzept einer durch Staatsanleihen [$(\cdot)S_0$] finanzierten innovativen, das Wirtschaftswachstum ankurbelnden Strukturpolitik (IN^{fin}) hätte zur Folge, dass zunächst sowohl die öffentlichen Schuldenstände als auch die Kosten der Schuldendienste weiter anstiegen. Nach den Vorstellungen der Vertreter dieser keynesianischen Richtung dauerte das nur so lange, bis die schuldenfinanzierten Maßnahmen Wirkungen zeigten und der volkswirtschaftliche Konsolidierungsprozess zu einem ausgeglichenen Staatshaushalt führte. Ob und wann das bei diesem wirtschaftspolitischen Vorgehen überhaupt einmal dazu käme, wäre allerdings ungewiss.

3. Pragmatische Wirtschaftspolitik

Eine sachgerechte, die Kreislaufzusammenhänge berücksichtigende Lösung der Schuldenkrise liegt in der Kombination beider wirtschaftspolitischen Konzeptionen. Um die finanziellen Mittel sowohl zur Tilgung der öffentlichen Schulden (à la Angebotspolitik) als auch zur Durchführung der innovativen Maßnahmen (à la Nachfragepolitik) im Staatshaushalt freizusetzen, müssen Ausgaben eingeschränkt oder ganz gestrichen und Einnahmen erhöht werden. Damit durch solche Eingriffe keine negativen, kreislaufbedingten Regelungsvorgänge entstehen, kommen nur Ausgaben- und Einnahmenarten in Betracht, durch deren Veränderungen die Wirtschaftstätigkeiten nicht beeinträchtigt werden.

Zu denken ist dabei in erster Linie an Staatsausgaben, für die es weder plausible Erklärungen noch irgendwelche Rechtfertigungen gibt und die manchmal nur aus der Historie heraus zu erklären sind. Sie bedeuten Verschwendungen öffentlicher Mittel. Ein eklatantes Beispiel sind die *Zahlungen an religiöse Glaubengemeinschaften*.⁸ Solche Ausgaben verstoßen eindeutig gegen das Gebot der Sparsamkeit und verteilungspolitische Grundsätze. Gleiches gilt für das *Kindergeld an Bezieher von Einkommen oberhalb bestimmter Höchstgrenzen*. In dieselbe Kategorie fallen auch jene *Teilbeträge von Aufwandentschädigungen*⁹, die diese sogenannten *Entschädigungen*, wenn man sie mit den zugrundeliegenden Engagements vergleicht, oft ein gesellschaftspolitisch nicht mehr vertretbares Maß übersteigen lassen. All diese Ausgaben und Teilbeträge können ersatzlos gestrichen oder sollten zumindest auf ein sozial verträgliches Maß reduziert werden. Ferner können die Prozentsätze für die Berechnung von *Beihilfezahlungen*¹⁰ an Beamte und öffentlich Bedienstete, die weit über dem Durchschnitt liegende Einkommen beziehen, progressiv herabgesetzt werden. Sehr kritisch ist zu prüfen, inwieweit *Subventionen* gezahlt werden müssen. Während in einem Industrie-4.0-Umfeld öffentliche Anpassungshilfen und produktivitätsteigernde Unterstützungen zur

⁸ Im Jahre 2015 wurden beispielweise an die Hauptkirchen in Deutschland aus den Budgets der Bundesländer 510 Millionen Euro gezahlt (Quelle: Haushaltpläne der Bundesländer), und zwar als Entschädigungen für die im Verlauf der Säkularisierung im Jahre 1803 verfüigten Enteignungen von Klöstern und Ländereien.

⁹ zum Beispiel Zahlungen an Abgeordnete in den Parlamenten.

¹⁰ auf der Grundlage von Krankheitskosten, die nicht durch Versicherungsleistungen abgedeckt sind.

Aufrechterhaltung oder Erhöhung der Wettbewerbfähigkeit, um nicht den Anschluss an die internationale Entwicklung zu versäumen, durchaus zielführend, möglicherweise sogar notwendig sein können, gibt es für reine Erhaltungssubventionen in der Regel keine Rechtfertigungsgründe.

Auf der Einnahmenseite können durch Verschärfung der *Steuerprogressionen in den oberen Einkommenbereichen* wichtige finanzielle Ressourcen erschlossen werden. Überhaupt sollten in Fällen sehr hohen Einkommen, Erbschaften und Vermögen *Steuerprivilegien* generell nicht mehr gewährt werden. *Sehr fragwürdige, zuweilen nur politisch zu erklärende Herabsetzungen von Mehrwertsteuersätzen* auf bestimmte Rechnungspositionen¹¹ sollten rückgängig gemacht werden; noch effizienter wäre es, wenn die Mehrwertsteuersätze innerhalb der EU generell auf einen in einigen Ländern bereits zur Anwendung gelangenden Höchstsatz vereinheitlicht würden. Gewissermaßen als *Ultima Ratio* ist eine Art *Lastenausgleich* in Erwägung zu ziehen, wie er aus der deutschen Nachkriegszeit bekannt ist. Das können einmalige Schuldenschnitte bei öffentlichen Anleihen oder einmalige Vermögenabgaben sein. Letztere wären gewissermaßen reale Vermögensteuern, welche die Bestandgrößen reduzierten.

Durch *Privatisierungen* staatlicher Betriebe, beispielweise in den Bereichen Post, Verkehr, Energieversorgung, Telekommunikation, können wichtige Ressourcen für die Tilgung öffentlicher Schulden und Finanzierung fortschrittlicher Innovationen erschlossen werden. Dabei sollte man aber nicht so weit gehen und Einrichtungen mit Hoheitfunktionen, zum Beispiel auf den Gebieten Erziehung, Bildung und Gesundheit, Altersvorsorge sowie bestimmte Bereiche der Verwaltung, unreflektiert in diese Aktionen einbeziehen.

Wenn im Zeitverlauf unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten, weitgehend kreislaufneutral Ausgaben zu senken und Einnahmen zu erhöhen, sowie bei angemessenen Rückzahlungen öffentlicher Schulden für die Durchführung der vorgesehenen entwicklungsfördernden, produktivitätsteigernden Maßnahmen nicht genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen sollten, ist eine *öffentliche Verschuldung* vertretbar, und zwar in einer von vornherein festzulegenden Höhe und für eine bestimmte Zeitspanne. Dabei ist streng darauf zu achten, dass die von der Finanzwissenschaft aufgestellte 'Goldene Regel' eingehalten wird, wonach eine Neuverschuldung nur für die Finanzierung öffentlicher Investitionen zulässig ist.

4. Staatsschulden als ausgleichendes Moment

Auf die Bundesrepublik Deutschland bezogen – und das gilt auch für andere Länder, soweit dort gleiche Verhältnisse vorliegen – weist Carl Christian von Weizsäcker auf einen weiteren Aspekt hin, der öffentliche Kreditaufnahmen rechtfertigt (von Weizsäcker 2013: 64-65). Sowohl generell gestiegene Erwartungen auf ein verlängertes Leben durch Fortschritte in der medizinischen Forschung und damit

¹¹ zum Beispiel im Hotelgewerbe (Deutschland), in der Gastronomie (Frankreich) oder den Umsatz von E-Books (Luxemburg)

verlängerte Ruhestandzeiten der arbeitenden Bevölkerung nach ihrem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben als auch der im Durchschnitt gestiegene Lebensstandard haben im Allgemeinen die Vorsorgeaufwendungen¹² für das Alter erhöht. Auch Veränderungen in den Einkommenverteilungen in Richtung besser verdienender Bevölkerungsschichten und den demografischen Strukturen – möglicherweise unter Einfluss geänderter Fertilitätsraten – haben dazu geführt, dass die privaten Ersparnisse generell gestiegen sind. – Andererseits ist vor allem in den Waren produzierenden Industriebereichen durch die Anwendung Kapital sparender Produktionstechniken¹³ in der Tendenz die Nachfrage nach Finanzierungsmitteln für Investitionen gesunken. Der strukturelle Wandel zum weniger kapitalintensiven Dienstleistungssektor hin hat diesen Trend unterstützt.

Wachsen bei unveränderter Summe der in der Zahlungsbilanz erfassten Salden von Leistungsbilanz und Bilanz der Vermögenübertragungen die finanziellen Rücklagen der Bevölkerungen stärker als die Menge an Geldkapital, welche die Privatwirtschaft einerseits für Investitionen beansprucht und andererseits durch Beitragzahlungen an Renten- und Pensionskassen bindet, dann kann diese Lücke 'sinnvollerweise' durch öffentliche Kreditaufnahmen ausgefüllt werden. 'Sinnvollerweise dann, wenn der Staat mit dem Geld beispielweise die Infrastruktur erneuert.' Die öffentliche Neuverschuldung kann sogar noch darüber hinausgehen, wenn sich der außenwirtschaftliche Finanzierungssaldo positiv entwickelt, weil dadurch das Inland beziehungsweise die Staatengemeinschaft durch Forderungen gegen das Ausland zusätzliches Vermögen bildet. "Eine stärkere Verschuldung hätte noch einen weiteren Effekt: Sie würde die Konjunktur im Euro-Raum beleben." (von Weizsäcker 2013: 65; vgl. im Übrigen auch: von Weizsäcker 2011: 17-20)

5. Staatsschulden und intergenerative Lastenverschiebung

Gegen staatliche Verschuldungen wird oft der Einwand erhoben, sie belasteten zukünftige Generationen, wenn der Staat die geliehene Kaufkraft zur Finanzierung der von ihm erbrachten Leistungen und Transferzahlungen einsetze und am Ende der Kreditlaufzeiten, also Jahre später die fällig werdenden Tilgungen mit den Abgaben der dann steuerpflichtigen Staatsbürger finanziere. Dadurch reduzierten sich in diesen späteren Jahren bei unveränderter Steuergesetzgebung die für die Erbringung öffentlicher – vor allem sozialer – Leistungen zur Verfügung stehenden Mittel, die sonst dieser mit den öffentlichen Abgaben belasteten Generation zugute gekommenen wären. Das gleiche gelte, wenn der Staat die für die Schuldentilgung benötigten Mittel durch zusätzliche Steuern von den Bürgern abfordern müsste. — Ob es tatsächlich zu solchen 'intergenerativen Lastenverschiebungen' kommt, hängt

¹² Diese können aus finanziellen Rücklagen durch Kontensparen und Horten, aus Renten- und Pensionansprüchen durch Zahlungen an gesetzliche und private Beitragskassen, aus Staats- und Industrieobligationen, aus Anteilsrechten sowie aus materiellen Gütern einschließlich Grundbesitz bestehen.

¹³ durch umfassende digitale Vernetzungen von Leistungserstellung, Logistik und Leistungsverwertung; siehe hierzu: Industrie 4.0, (Hennies, Raudjärv 2015: 9-23).

grundsätzlich davon ab, ob sich der Staat gegenüber Gebietansässige oder Gebietfremde verschuldet.

Zeichnen Inländer die öffentlichen Titel (interne Staatsverschuldung), dann entstehen Geldvermögen in den Händen von gebietansässigen Erwerbern in Form von Forderungen gegen den Staat. Dabei handelt es sich – makroökonomisch gesehen – um rein fiktive Vermögen. Mit dem Erwerb dieser Anleihen werden die Inhaber dieser Papiere Gläubiger *ihres* Staates, das heißt jener Volksgemeinschaft, der sie selber angehören. Und der Staat wird Schuldner seiner Bürger. Insofern kommt es bei den späteren Rückzahlungen der öffentlichen Schulden nicht zu intergenerativen Lastenverschiebungen, weil der Staat die Tilgungen zwar aus dem Steueraufkommen der dann abgabenpflichtigen Bürger finanziert, zu denen aber auch diese Beträge wieder zurückfließen. Steuererhebungen und Schuldentrückzahlungen treffen dieselbe und kommen derselben Generation zugute. "Es wird lediglich von einer Tasche in die andere gezahlt." (Donner 1942: 185)¹⁴ Gleiches gilt für den Fall, dass der Staat in Ermangelung ausreichender Finanzmittel erneut Kredite aufnehmen, also das durch die Tilgung aufgelöste Glied in der Gläubiger-Schuldner-Kette ersetzen muss. — Diese Prozesse schließen allerdings nicht aus, dass es dabei zu erheblichen Veränderungen in den interpersonellen Verteilungen kommen kann.

Differenzierter ist die Situation zu beurteilen, wenn Gebietfremde die öffentlichen Schuldverschreibungen zeichnen (externe Staatsverschuldung). In diesen Fällen entstehen Rückzahlungsverpflichtungen des Staates gegenüber Kreditgeber im Ausland. Durch Einlösung dieser Verpflichtungen am Ende der Laufzeiten der Kredite kommt es zu Transferierungen in das Ausland.¹⁵ Inwieweit es in diesen Fällen externer Staatsverschuldung landesintern zu intertemporalen – bei längeren Laufzeiten der Kredite könnte man auch sagen: zu intergenerativen – Lastenverschiebungen kommt, ist davon abhängig, wofür der Staat die geliehene Kaufkraft einsetzt.

¹⁴ "Sehr vereinfachend, aber doch den Kern der Sache treffend, kann man sagen, daß die innere Staatsschuld eine Schuld an sich selbst ist. In seiner Eigenschaft als Besitzer von Staatspapieren wird das Volk Gläubiger des Staates, also seiner selbst, und ebenso bringt es in seiner Eigenschaft als Steuerzahler die für die Bedienung seiner Kapitalansprüche gegen den Staat erforderlichen Mittel selbst auf. Die Zunahme der Staatsverschuldung kann deshalb niemals ein bilanzielles Ungleichgewicht herbeiführen. Was bei den Privaten an Forderungen gegen den Staat zuwächst, erhöht gleichzeitig die Aufbringungsverpflichtung der Privaten um genau den gleichen Betrag. Weder wird das Volk im Ganzen durch Geldkapitalbildung in der Form des Erwerbs von Staatstiteln reicher, noch durch Zunahme der Staatsschuld, die ja nur die andere Seite desselben Vorganges ist, ärmer. "

¹⁵ Diese Vorgänge finden in der Zahlungsbilanz ihren Niederschlag, und zwar als Passivbuchungen (passiv, weil dadurch Forderungen des Auslandes gegen das Inland entstehen) in der Bilanz der Vermögenübertragungen.

Verwendet der Staat die aufgenommenen Mittel zur Finanzierung rein konsumtiver Ausgaben¹⁶, dann hat die zukünftige Generation, die mit ihren Steuerzahlungen die Kredittilgungen finanziert, in ihrer erlebten Gegenwart davon keinen Nutzen. Folglich tritt landesintern eine intergenerative Lastenverschiebung ein. — Werden dagegen die kreditfinanzierten Mittel für zukunftsgerichtete Projekte¹⁷ verwendet, steigert das die Produktionspotenziale, das Trendwachstum der Volkswirtschaft und führt damit zu steigendem Wohlstand. Dieser kommt auch nachfolgenden Generationen zugute. Staatsverschuldungen bewirken in diesen Fällen nur dann – und zwar anteilige – Lastenverschiebungen, wenn die zukünftigen Rückzahlungen der öffentlichen Kredite zu steuerlichen Belastungen führen, die nach dem Empfinden der Gesamtheit der dann Abgabepflichtigen nicht in vollem Umfang durch Wohlstandsteigerungen kompensiert werden. Mit anderen Worten: Durch externe Staatsverschuldungen werden nachfolgende Generationen nicht einseitig belastet, wenn mit den Mitteln aus öffentlichen Krediten zukunftsweisende innovative Projekte finanziert werden, die nachhaltig volkswirtschaftliche Produktivität und Wohlstand erhöhen. (Hennies, Raudjärv 2013, 2: 14-15)

6. Zusammenfassung

Hohe und in einigen Ländern in den letzten Jahren noch gestiegene Staatsschulden in Verbindung mit unzureichender gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und folglich mäßigen Steuereinnahmen, Erwerbslosigkeit und wachsenden öffentlichen Ausgaben bereiten den Regierungen vor allem in den südländischen Krisenregionen der Europäischen Union große Schwierigkeiten. Die öffentlichen Schulden stellen ein besonderes Problem dar, weil der Schuldendienst zusammen mit den steigenden Soziallasten immer mehr Staatseinnahmen bindet und somit den wirtschaftspolitischen Gestaltungsspielraum für zukunftsgerichtete Maßnahmen einengt.

Zur Lösung dieser Problematik werden von Nationalökonominnen ihren Grundauffassungen entsprechend unterschiedliche Standpunkte vertreten. Ausgehend von der klassischen Wirtschaftslehre sind im Wesentlichen zwei politische Richtungen zu unterscheiden: Im neoklassischen Sinne die angebotorientierte Wirtschaftspolitik und weitgehend im Sinne der Theorie von John Maynard Keynes die nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik.

Eine kritische Analyse der von beiden Seiten im Allgemeinen empfohlenen Vorgehensweisen zur Lösung der Schuldenproblematik hat gezeigt, dass diese Konzeptionen die aus den makroökonomischen Kreislaufzusammenhängen resultierenden Interdependenzen in der Abfolge von Produktion sowie Entstehung, Verteilung und Wiederverausgabung der Einkommen unvollständig berücksichtigen und deshalb die Schwerpunkte im wirtschaftspolitischen Vorgehen einseitig setzen.

¹⁶ wie beispielweise Löhne und Gehälter und sonstige Ausgaben für Verwaltung, Renten und Pensionen.

¹⁷ Alle Maßnahmen, die auf das Zeitalter Industrie 4.0 (vgl. hierzu: Hennies, Raudjärv 2015) gerichtet sind.

Eine pragmatische Lösung der skizzierten Schwierigkeiten ist in der Kombination beider Denkansätze zu finden. Das bedeutet konkret, dass die öffentlichen Schulden reduziert werden müssen und parallel dazu alles daran zu setzen ist, durch umfassende, auf Investitionen in die Infrastruktur und in das Bildungssystem zielende Entwicklungsprogramme den Anschluss an Industrie 4.0 zu finden.

Um die Mittel sowohl für einen im Zeitverlauf angemessenen Schuldenabbau als auch für die Durchführung von entwicklungsfördernden, produktivitätsteigernden Maßnahmen zu erlangen, müssen Ausgaben gesenkt und Einnahmen erhöht werden. Dabei ist streng darauf zu achten, dass diese Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen nicht durch negative, aus dem makroökonomischen Kreislauf entstehende Rückkoppelungseffekte die Zielerreichung gefährden und die Beschäftigung negativ beeinflussen. Darüber hinaus müssen sie sozialpolitisch vertretbar sein. Mögliche Maßnahmen unter Einhaltung dieser Rahmenbedingungen sind hier aufgezeigt worden. Gelingt es nicht, unter diesen Voraussetzungen genügend Mittel für die Verfolgung dieser zwei Zielrichtungen zu erlangen, ist vorerst noch eine mäßige öffentliche Verschuldung gerechtfertigt. Damit stellt sich allerdings die Frage, ob es dadurch nicht zu ungerechtfertigten intergenerativen Lastenverschiebungen kommt.

Zeichnen Gebietansässige die Staatstitel, werden die Erwerber dieser Papiere Gläubiger ihres Staates, also ihrer eigenen Volksgemeinschaft. Wenn Jahre später am Ende der Kreditlaufzeiten der Staat die fremdfinanzierten Mittel aus seinen dann aktuellen Steuereinnahmen zurückzahlt, fließen die Tilgungen an die Gesamtheit jener Steuerzahler zurück, die zuvor mit ihren Abgaben diese Mittel aufgebracht haben. Makroökonomisch betrachtet kommt es durch interne Staatsverschuldungen – ungeachtet möglicher Veränderungen in den interpersonellen Verteilungen – nicht zu intergenerativen Lastenverschiebungen. — Sind dagegen Gebietfremde Gläubiger des Staates, führen die Schuldentrückzahlungen zu Transferierungen in das Ausland. Ob es bei externen Staatsschulden landesintern zu intertemporalen Lastenverschiebungen kommt, hängt nunmehr davon ab, wofür der Staat die Mittel aus den Krediten verwendet. Setzt er die Mittel nicht konsumtiv, sondern für die Finanzierung innovativer Projekte ein, die in der Folgezeit zu Wirtschaftswachstum und steigendem Wohlstand führen, partizipiert auch die mit den steuerfinanzierten Tilgungen belastete inländische Bevölkerung an diesen Errungenschaften. Werden diese – global gesehen – von der Volksgemeinschaft zumindest genau so hoch eingestuft wie die empfundenen Entzueffekte durch die Steuerzahlungen, führt eine externe Staatsverschuldung nicht grundsätzlich zu einer intergenerativen Lastenverschiebung. Diese Erkenntnis unterstreicht die Bedeutung der von der Finanzwissenschaft aufgestellten 'Goldenen Regel'.

Anhang: Abkürzungen der volkswirtschaftlichen Kreislaufgrößen

Sektoren:

U = Unternehmungen
H_{pr} = private Haushaltungen
H_S = Haushaltungen der Selbständigen
H_{US} = Haushaltungen der Unselbständigen
H_ö = öffentliche Haushaltungen (Staat)
A = Ausland

Einkommen:

BIP_(U) = Bruttoinlandprodukt, das im Sektor Unternehmungen entsteht
BIP = Bruttoinlandprodukt insgesamt
BNE = Bruttonationaleinkommen
NNE = Nettonationaleinkommen
Y = Volkseinkommen
Y_A = Arbeitseinkommen (Erwerbeinkommen)
Y_{AS} = Arbeitseinkommen der Haushaltungen der Selbständigen (Unternehmerlöhne)
Y_Z = Zinseinkommen
Y_G = Gewinneinkommen
Y_P = Vermögenseinkommen (Profiteinkommen, Besitzeinkommen)
Y_P = Vermögenseinkommen der Haushaltungen der Unselbständigen
Y_{Pö}^{US} = Vermögenseinkommen des Staates
Y_{U+V} = Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
Y_L = Einkommen aus unselbständiger Arbeit
Y_S = Einkommen der Haushaltungen der Selbständigen vor Abzug öffentlicher Abgaben
Y_{US} = Einkommen der Haushaltungen der Unselbständigen vor Abzug öffentlicher Abgaben
nY{pr} = verfügbare (disponible) Einkommen der privaten Haushaltungen (einschl. Transferzahlungen Tr), und zwar:
_nY_S = verfügbare Einkommen der Haushaltungen der Selbständigen
nY{US} = verfügbare Einkommen der Haushaltungen der Unselbständigen
nY(na) = unverteilte (nicht ausgeschüttete) Gewinne der Unternehmungen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Körperschaften) nach Steuern

Konsum:

E_{pr} = Konsumausgaben im engeren Sinne der privaten Haushaltungen
B^{au} = Ausgaben der privaten Haushaltungen für Eigenheime und Eigentumswohnungen, soweit diese für den Eigenbedarf bestimmt sind
W_{pr} = Personalausgaben der privaten Haushaltungen
C_{pr} = Konsumausgaben insgesamt der privaten Haushaltungen
(C_{pr} = E_{pr} + B^{au} + W_{pr})

- E_{δ} = Konsumausgaben im engeren Sinne der öffentlichen Haushaltungen (Ausgaben des Staates für Käufe von Waren und Dienstleistungen im Unternehmensektor zur Erfüllung seiner laufenden hoheitlichen Aufgaben)
 IN^{fra} = Infrastrukturausgaben des Staates
 W_{δ} = Personalausgaben des Staates (einschl. aller Lohnnebenkosten) für die Staatsbediensteten
 C_{δ} = Konsumausgaben im weitesten Sinne der öffentlichen Haushaltungen ($C_{\delta} = E_{\delta} + IN^{fra} + W_{\delta}$)

Investitionen:

- nI = gewerbliche Nettoinvestitionen (einschl. Ausgaben der privaten Haushaltungen für Eigenheime und Eigentumswohnungen, soweit diese nicht selbst genutzt, sondern vermietet oder verpachtet werden)
 erI = gewerbliche Ersatzinvestitionen
 brI = gewerbliche Bruttoinvestitionen ($brI = nI + erI$)

Vermögenbildung:

- S_{pr} = Sparen der privaten Haushaltungen
 S_{δ} = bei $S_{\delta} > 0$ Sparen und bei $S_{\delta} < 0$ Verschuldung der öffentlichen Haushaltungen
 S_A = bei $S_A > 0$ Sparen (Forderungen) und bei $S_A < 0$ Verschuldung (Verbindlichkeiten) des Auslandes (gegenüber dem Inland)
 VB_{Σ} = gesamte Vermögenbildung in der VW
 VB_{GA} = Vermögenbildung der Gebietansässigen
 GVB_U = Geldvermögenbildung im Unternehmensektor, der keine zusätzlichen Anteil- und Forderungsrechte gegenüberstehen [$GVB_U = {}_nY_{(na)} + (D-erI) = \text{Innenfinanzierung}$]
 $(D-erI)$ bei $D > erI \rightarrow$ Desinvestitionen = Umwandlung von Sachvermögen in Geldvermögen (Aktivtausch in den Bilanzen)
 VB_U = Vermögenbildung im Bereich der Unternehmungen, der keine zusätzlichen Anteil- und Forderungsrechte gegenüberstehen [$VB_U = {}_nY_{(na)}$]

Weitere Symbole:

- GN = gesamtwirtschaftliche Nachfrage ($GN = E_{pr} + B^{au} + E_{\delta} + IN^{fra} + nI + erI + X$)
 EN = volkswirtschaftliche Endnachfrage ($EN = E_{pr} + B^{au} + E_{\delta} + IN^{fra} + nI + erI + (X - M)$)
 ${}_d T$ = direkte Steuern
 ${}_i T$ = indirekte Steuern
 D = Abschreibungen
 GB = Gebühren und Beiträge, insbesondere Sozialversicherungsbeiträge
 Z = Subventionen
 Tr = Transferzahlungen

EVE_{AI} = Erwerb- und Vermögenseinkommen aus dem Ausland an das Inland (Komponente der Einkommenentstehungsrechnung)
 EVE_{IA} = Erwerb- und Vermögenseinkommen aus dem Inland an das Ausland (Komponente der Einkommenentstehungsrechnung)
 \ddot{U}_{AI} = Übertragungen des Auslandes an das Inland (Komponente der Einkommenverteilungsrechnung),
 und zwar:
 \ddot{U}_{Apr} = Übertragungen des Auslandes an gebietansässige private Haushaltungen
 \ddot{U}_{Ao} = Übertragungen des Auslandes an öffentliche Haushaltungen
 \ddot{U}_{IA} = Übertragungen des Inlandes an das Ausland gemäß Einkommenverwendungsrechnung,
 und zwar:
 \ddot{U}_{prA} = Übertragungen gebietansässiger privater Haushaltungen an das Ausland
 \ddot{U}_{oA} = Übertragungen öffentlicher Haushaltungen an das Ausland
 X = Export
 M = Import
 $(X-M)$ = Außenbeitrag, bei $(X-M) > 0$ Exportüberschuss und bei $(X-M) < 0$ Importüberschuss

Literatur

1. **Arestis, P.** (2012). The Euro Crisis, Palgrave Macmillan, Hampshire: Palgrave Macmillan.
2. **Authers, J.** (2012). Europe's Financial Crisis: A Short Guide to How the Euro Fell Into Crisis and the Consequences for the World. Financial Times. Upper Saddle River Prentice Hall.
3. **Bofinger, P.** (2007). Grundzüge der Volkswirtschaftslehre. München: Vahlen.
4. **Cline, W.R., Wolff, G.** (Eds.) (2011). Resolving the European Debt Crisis. Special Report. 21, Peterson Institute for International Economics, Chantilly.
5. **Donner, O.** (1942). Kriegskosten und Grenzen der Staatsverschuldung. Jena: Fischer.
6. **Donner, O.** (1942). Kriegskosten und Grenzen der Staatsverschuldung. Weltwirtschaftliches Archiv, 56, 2, 183-224.
7. **Illing, F.** (2013). Die Euro-Krise: Analyse der Europäischen Strukturkrise. München: Springer
8. **Föhl, C.** (1937, 1955). Geldschöpfung und Wirtschaftskreislauf. Berlin: Duncker & Humblot.
9. **Föhl, C.** (1963). Außenwirtschaftliches und binnenwirtschaftliches Gleichgewicht, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaften, 14, 606-634
10. **Föhl, C., Hennies, M. O. E.** (1966). Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Pfullingen: Verlag Günther Neske.
11. **Heise, M.** (2013). Emerging from the Euro Debt Crisis: Making the Single Currency Work, Springer, München: Springer.

12. **Hennies, M. O. E.** (1976). Modelltheoretischer Ansatz zur Lösung wirtschaftspolitischer Probleme im Rahmen eines umfassenden kybernetischen Systems. Systemtheorie und sozio-ökonomische Anwendungen, Beiträge zur Tagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialkybernetik, Berlin 1976, 37-76: Duncker & Humblot.
13. **Hennies, M. O. E.** (1987, 2003). Allgemeine Volkswirtschaftslehre für Betriebswirte, Band 1: Grundlagen, Wirtschaftsordnungen, Wirtschaftskreislauf, Agrarwirtschaft. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag (vormals Berlin Verlag Arno Spitz).
14. **Hennies, M. O. E.** (1989, 2003). Allgemeine Volkswirtschaftslehre für Betriebswirte, Band 3: Geld, Konjunktur, Außenwirtschaft, Wirtschaftswachstum und Verteilung. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag (vormals Berlin Verlag Arno Spitz).
15. **Hennies, M. O. E., Raudjärv, M.** (2013). Staatsverschuldung und intergenerative Lastenverschiebung. Estnische Gespräche über Wirtschaftspolitik, 21(2), 9-20.
16. **Hennies, M. O. E., Raudjärv, M.** (2015). Industrie 4.0 – Gedanken zur gegenwärtigen Situation, Estnische Gespräche über Wirtschaftspolitik, 23, 2, 9-23
17. **Keynes, J. M.** (1936). The General Theory of Employment, Interest and Money. London: Palgrave Macmillan, 1936.
18. **Keynes, J. M.** (1971). Great Minds Series, Whitefish, Montana: Kessinger Legacy Reprints,
19. **Krugman, P.** (2009). The Return of Depression Economics and the Crisis of 2008. New York, London: Norton and Company.
20. **Krugman, P.** (2011). Vergesst die Krise. Frankfurt, New York: Campus.
21. **Krugman, P.** (2012). Ausweg aus der Krise. Frankfurt, New York: Campus.
22. **Laursen, F.** (2013). The EU and the Eurozone Crisis: Policy Challenges and Strategic Choices. Farnham: Ashgate.
23. **Marshall, A.** (1890). Principles of Economics. London: Mc Millan.
24. **Pätzold J.** (1998). Stabilisierungspolitik, Grundlagen der nachfrage- und angebotsorientierten Wirtschaftspolitik. Bern/Stuttgart 1998: Wissenschaft & Praxis.
25. **Rogall, H.** (2011). Grundlagen einer nachhaltigen Wirtschaftslehre. Marburg, Kapitel 29: Metropolis.
26. **von Weizsäcker, C. Ch.** (2011). Public Debt Requirements in a Regime of Price Stability. Preprints of the Max Planck Institute for Research on Collective Goods. 20, Bonn.
27. **von Weizsäcker, C. Ch.** (2013). Macht mehr Schulden! Der Spiegel, 52, 64 -65.
28. **Wittmann, W.** (2011). Von der Finanzkrise zur Schuldenkrise. Review of Economics, 62, 1, 40-55.

MAKROMAJANDUSLIKULE RINGLUSELE ORIENTEERITUD MAJANDUSPOLIITIKA VÕLAKRIISI LAHENDAMISEKS¹

Manfred O. E. Hennies²
Kieli Rakendusülikool

Suured riigivõlad tekitavad eriti Euroopa Liidu kriisiregioonides keerulisi probleeme. Raskemaks teeb olukorra veel see, et nendes riikides valitseb ka liiga vähene üldmajanduslik nõudlus. Seetõttu on majandustegevus loid ning sellest tulenevalt ka riigi sissetulekud võrreldes kasvavate väljaminekutega liiga madalad. Tagajärjeks on üha kasvav võlakoorem. Sellise raske olukorra lahendamiseks pakuvad rahvamajandusteadlased – nende majanduspoliitilisest suunitlusest johtuvalt – erinevaid lahendusi. Järgnevad mõtted sai kirja pandud eesmärgiga üksteisest lahknevaid seisukohti omavahel võrrelda ja makromajandusliku ringluse fundamentaalsetele seostele toetudes pragmaatiline lahendus leida.

Neoklassikalises mõttes esindavad pakkumisele orienteerunud ökonomid üldiselt seisukohta, et võlariigid peaksid eelkõige püüdlema kokkuhoidliku majandamise abil oma võlakoorma vähendamise poole. Seeläbi väheneksid ka nende kulud võlgade teenindamisele. Nimetatud ökonomid ei ütle aga siiski, kus oleksid riigieelarves need kohad, mille pealt saaks kokku hoida.

Nõudlusele orienteerunud rahvamajandusteadlaste seisukoht on reeglina risti vastu-pidine. Võlaprobleemidele lahenduse otsimist ei tuleks alustada riigieelarveliste säästumeetmete rakendamisega, kuigi niisugune toimimisviis tundub esmapilgul mõistlik. Seda võiks rakendada riikide puhul, kelle olukord sissetulekute ja väljaminekute osas oleks niivõrd paranenud, et riigieelarves võib täheldada esimesi märke senise täbara ja pingelise olukorra kestvast leevenemisest ja on juba hakanud tekkima eelarve ülejäägid. Kui sellesuunaline areng jätkub, siis saaks lisandunud sissetulekuid võlgade likvideerimiseks kasutada. See ei kehti aga riikide kohta, kelle eelarve defitsiit püsib muutumatuna või koguni kasvab. Siin on esmatähtis hakata ulatuslike arenguprogrammide abil kõigepealt struktuuriprobleeme lahendama ja nende riikide rahvamajanduse produktiivsust ja seega ka konkurentsivõimet tõstma. Niisugustel tingimustel on esialgu õigustatud jätkuv laenude võtmine riiklike investeeringute tegemiseks infrastruktuuri ning haridussüsteemi. Alles pikemas perspektiivis saab siis tänu majanduskasvule ja sellest tulenevale suurenevale maksutulule riigivõlga tagasi maksta.

Mõlemad vaatekohad on põhimõtteliselt liiga kitsapiirilised, kuna probleemidele lähenetakse ühekülgselt. Suures osas jäävad arvestamata vastastikused sõltuvussuhted reaalse tootmise ja monetaarse nõudluse vahel. Carl Föhli teeneks tuleb lugeda, et ta juba 1937 aastal – kohe pärast John Maynard Keynesi *General Theory*

¹ Artikli täistekst “Makroökonomischen Kreislauf orientierte Wirtschaftspolitik zur Lösung der Schuldenkrise” asub publikatsiooni CD-l.

² Manfred O. E. Hennies, dr, emeriitprofessor, Kieli Rakendusülikool; manfred.hennies@fh-kiel.de.

ilmumist ja sellest sõltumatult – selgitas niisuguseid seoseid ringluskemide abil.³ Need näitavad, et iga rahanduspoliitiline sekkumine mõjutab vastastikuselt tootmise, sissetuleku tekkimise ja raha taaskulutamisefektide kaudu nii reaalseid varade vooge (kaubad ja teenused) kui ka monetaarseid nõudlusvooge,

On tähtis, et kogumajanduslikest ringluseostest ei tuleneks võlaprobleemide lahendamiseks rakendatud meetmete kaudu negatiivseid tagasidefekte, mis teeks rahanduspoliitiliste jõupingutuste mõju olematuks. Kui riik vähendab vastavalt pakkumisele orienteeritud kontseptsioonile oma väljaminekuid – nagu personali-kulusid avaliku teenistuse töötajate koondamiste abil, samuti tarbimiskulusid ja toetusmaksid – et niiviisi vabanenud vahendeid võlgade tagasimaksmiseks kasutada, siis alanevad riigiametnike sissetulekud, ettevõtetesse tulevad tellimused ja seega loodetud müügitulu ning samuti toetusmaksete saajate sissetulekud. Tendentsina vähenevad *summa summarum* kogumajanduslikud väljaminekud. Kui siinkohal ei tule mängu muud mõjufaktorid nagu näiteks kasvav välisnõudlus, siis tööpuudus kasvab. Et seda takistada, tuleb *uno actu* rakendada vastumeetmeid, kuna tööhõive tagamine on jaotuspoliitilistel põhjustel esmatähtis.

Senise tööhõivemäära säilitamiseks või taastamiseks tuleks jätkuva riikliku kokkuhoiupoliitika juures maksupoliitiliste soodustusmeetmete abil ettevõtlusinvesteeringuid või/ja eramajapidamiste kulutusi tarbimisele kasvatada selliselt, et see vastaks vähendatud riiklikele väljaminekutele. Kas tõesti õnnestub piiratud riiklike väljaminekute juures investeeringuid tõsta, on suure küsimärgi all. Peale selle tuleb mõelda sellele, et maksupoliitilised soodustused panevad avalikele eelarvetele lisakoormuse, mis omakorda töötab vastu võlgade tagasimaksmise püüdlustele.

Tasakaaluks vähendatud riiklike väljaminekutele võiks teatud tingimustel kaalumisele võtta ekspordi suurendamist. Kui see toimuks maksupoliitiliste Siimulite abil, siis eelarvele tooks see endaga jällegi lisakoormust kaasa. Hoolimata sellest, milliseid meetmeid ka rakendatakse, tuleks sellisest plaanist loobuda. Teised riigid võiks mõista säärast teguviisi kui 'püga oma naabrit'-poliitikat (*beggar-my-neighbour-policy*) ja asuda vastumeetmete rakendamisele. See kahjustaks lõppude lõpuks rahvusvahelist üksteisemõistmist ja tööjaotust.

Nõudlusele orienteerunud majanduspoliitikute kontseptsioon, mis näeb ette riiklike krediitide abil finantseeritavat, innovaatilist ja majanduskasvu stimuleerivat struktuuripoliitikat, põhjustaks esialgu nii avaliku võlakoorma kui ka võlgade teenindamise kulude suurenemist. Ent selle majanduspoliitilise suunitluse esindajate ettekujutuste kohaselt kestaks see ainult niikaua, kuni võlgade abil finantseeritavad meetmed mõjuma hakkaksid ja rahvamajandusliku konsolideerumisprotsessi abil saavutatakse tasakaalus riigieelarve. Kas ja millal kirjeldatud majanduspoliitiline tegevus üldse soovitud sihile viib, on ebakindel.

³ Selle omal ajal teedrajava publikatsiooni alusel nimetati Carl Föhli edaspidi *Saksa Keynesiks*. – Käesoleva artikli autor oli 1960ndatel kuus aastat Carl Föhli teaduslik assistent Berliini Vabas Ülikoolis (Freie Universität Berlin).

Võlakriisi pragmaatiline lahendus peitub mõlema mõtteviisi kombinatsioonis. Eelarveliste rahaliste vahendite leidmisel nii riiklike võlgade tagasimaksmiseks kui innovaatiliste meetmete elluviimiseks tuleb väljaminekuid vähendada või mõnedest täiesti loobuda ning samaaegselt sissetulekuid suurendada. Vältimaks eelarve ridade niisugusest muutmisest tekkida võivat ja majandusringlusel baseeruvat negatiivset tagasimõju, tulevad kõne alla ainult sellised sissetulekute ja väljaminekute read, mille muutmine ei mõjutaks üldnõudlust kas üldsegi mitte või siis teeks seda makromajanduslikust aspektist lähtudes suhteliselt vähe.

Need oleks eeskätt niisugused riiklikud väljaminekud, mille jaoks pole usutavat selgitust ja mis järelikult tähendavad avalike vahendite raiskamist. Siinkohal tuleb ereda näitena nimetada makseid usukogukondadele. Samuti tuleb lõplikult maha kriipsutada jaotuspoliitilisi põhimõtteid rikkuvad maksed nagu näiteks mitmesugused hüvitised, mis ületavad igasuguse ühiskondlik-poliitiliselt vastuvõetava määra. Sama kehtib ka lastetoetuse kohta, mida ei peaks makstama neile, kelle sissetulek ületab teatud ülemmäära. Rohkem mänguruumi riigieelarve rahalistes ressursides annaksid ka niisugused meetmed nagu väga suurte varade, päranduste ja sissetulekute puhul maksuprivileegide likvideerimine, tugevama maksuprognessiooni rakendamine kõrgematele sissetulekutele, samuti käibemaksu-määrade õigustamatute langetamiste revideerimine mõnedes majandusvaldkondades. Näiteks Saksamaal võiks progressiivselt vähendada keskmisest suurema palgaga riigiametnike toetusmäärasid erahaiguskindlustuse eest tasumisel. Lisaks kõigele võiks kaaluda, kas poleks õigustatud – kui *ultima ratio* – teatud liiki reparatsioonid, nagu need on teada Saksamaal sõjajärgsest ajast. See võiks toimuda ühekordse riiklike võlgade mahakirjutamise (*hair cut*) või ühekordse varandusmaksu näol.

Tulevikus avaksid uusi märkimisväärseid võimalusi võlgade tagasimaksmisel näiteks niisuguste valdkondade erastamine nagu postiteenused, liiklus, energia-varustus, telekommunikatsioon. Siiski ei tuleks nii kaugele minna ega ilma korralikult järele mõtlemata haarata erastamisaktioonidesse selliseid valdkondi nagu kasvatus ja haridus, tervishoid, pensionifondid ja haldus.

Kui aja jooksul on näha, et võlgu jõukohaselt tagasi makstes ja kõiki võimalusi rakendades ringlusest sõltumatult väljaminekuid vähendada ja sissetulekuid suurendada, napib ikkagi vahendeid plaanitud arengupoliitiliste ja tootlikust tõstvate meetmete finantseerimiseks, alles siis oleks mõeldav mõõdukas võlavõtmine riigitasandil täpselt määratletud ajaperioodiks. Seejuures tuleb rangelt jälgida, et peetaks kinni finantseerimise poolt püstitatud “kuldsetest reeglitest”, mille kohaselt uute võlgade võtmine on lubatav ainult riiklike investeeringute finantseerimiseks.